

Doch Antisemitismus, Hass und Verachtung, die Vergiftung der öffentlichen Debatte zeigen sich nicht nur in Straftaten. Das belegen auch die soeben genannten Beispiele. Hier müssen Demokratinnen und Demokraten klare Haltung zeigen.

Wir müssen aber auch innerhalb unserer Gesellschaft die Prävention stärken. Der Beschluss des Kabinetts von heute enthält mit Sicherheit in vielen Punkten diskussionswürdige Maßnahmen im Bereich der Sicherheit, beispielsweise die Bereitstellung von drei Millionen Euro für den Ausbau der Sicherheitsstandards in den jüdischen Einrichtungen. Trotzdem hakt es in diesem Beschluss genau bei der Frage der Prävention, weil letzten Endes nur noch auf die Arbeit der BIGE verwiesen wird.

Kolleginnen und Kollegen, Radikalisierung verläuft heute anders als früher. Radikalisierung gibt es im Netz und in entfesselten Diskursen, mit denen jeder konfrontiert werden kann, nicht so wie früher, als man erst in kleine, radikale Zirkel vorstoßen musste, um überhaupt an diesem Diskurs teilnehmen zu können. Das passiert nicht mehr am Rande der Gesellschaft; das passiert mitten unter uns.

Mit Verweis auf die Einzeltäterdebatte der letzten Tage sage ich: Es mag aus der Sicht eines vor Ort ermittelnden Beamten richtig sein, dass ein Täter, der allein handelt, als Einzeltäter bezeichnet wird. Politisch müssen wir das aber schon anders bewerten; denn wer sich im Netz so lange Hass und Gewalt reinzieht und so lange mit Hass und Gewalt zugestopft wird, bis er loszieht und tötet, der, Kolleginnen und Kollegen, ist kein Einzeltäter mehr.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und der Abgeordneten Kerstin Radler (FREIE WÄHLER))

Dem müssen wir in der öffentlichen Debatte etwas entgegensetzen. Das schafft die Strafverfolgung alleine nicht. Das schafft auch die BIGE alleine nicht. Wir brauchen endlich, wie wir es schon oftmals hier im Haus debattiert haben, ein Landesprogramm für Demokratie und Vielfalt. Wir brauchen ein Landesprogramm, das die Bekämpfung des Antisemitismus als einen Arbeitsschwerpunkt hat. Wir müssen Menschen befähigen, Hasspropaganda zu erkennen und ihr etwas entgegenzusetzen, an den Schulen – immerhin sind 20 % der Straftäter unter 21 Jahre alt –, aber auch in völlig anderen Bereichen. Auch dort müssen wir versuchen, Menschen zu erreichen, die wir mit klassischer politischer Bildung bisher nicht erreicht haben. Wir müssen die bisherigen Landesprogramme kritisch überprüfen, weil nämlich die Vermittlung von Medienkompetenz hier noch viel zu kurz kommt.

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Kollege Ritter, Sie müssen zum Ende kommen.

**Florian Ritter (SPD):** Wir brauchen eine ergebnisoffene Debatte über diese Landesprogramme. Das sind wir den Jüdinnen und Juden in unserer Gesellschaft, das sind wir unserer Demokratie und auch unserer Geschichte schuldig.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und der Abgeordneten Kerstin Radler (FREIE WÄHLER))

**Präsidentin Ilse Aigner:** Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich auf der Tribüne den ehemaligen Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle, jetzt in seiner Funktion als Beauftragter der Bayerischen Staatsregierung für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe, begrüßen.

(Allgemeiner Beifall)